

Niederschrift über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am
12.08.2008

Tagungsort: Nowgorod Raum (Großer Konferenzsaal), Altes Rathaus
Beginn: 17:10 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 20:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Monika Kammeier (bis 19.15 Uhr)
Herr André Langeworth (ab 17.25 Uhr bis 19.45 Uhr)
Frau Ricarda Osthus
Herr Michael Weber (ab 18.45 Uhr)
Herr Dr. Jörg Zillies

SPD

Herr Günter Garbrecht
Frau Nebahat Pohlreich
Frau Barbara Schneider (ab 17.20 Uhr)
Frau Karin Schrader
Herr Heinz-Joachim Weber (bis 20.05 Uhr)

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Iris Ober
Frau Elisabeth Rathsmann-
Kronshage Vorsitzende

BfB

Frau Christiane Cascante-
Maristany (bis 20.30 Uhr)

FDP

Herr Harald Buschmann (bis 18.30 Uhr)

Die Linke

Frau Beate Niemeyer (ab 17.30 Uhr)

Beratende Mitglieder

Frau Cemile Acar-Gökce Migrationsrat
Frau Iris Huber Seniorenrat

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler Dezernat 5
Frau Schulz Amt für soziale Leistungen –Sozialamt-
Frau Dr. Delius Gesundheits-, Veterinär- und Lebens-
mittelüberwachungsamt
Herr Wörmann Stab Dezernat 5
Herr Hilker Stab Dezernat 5

Frau Stücken-Virnau
Herr Hanke
Herr Müller
Herr Ellermann
Herr Hagedorn
Frau Krumme

REGEmbH
Arbeitplus in Bielefeld
Agentur für Arbeit
Büro des Rates
Bauamt
Amt für soziale Leistungen –Sozialamt-
(Schriftführung)

AGW Arbeitsgemeinschaft Wohlfahrtsverbände BI
Herr Adams

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt vor Eintritt in die Tagesordnung die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Es gibt keine Änderungen zur Tagesordnung.

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.05.2008

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 42.Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 20.05.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsamtes am 10.06.2008

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 10.06.2008 wird nach Form

und Inhalt genehmigt.

einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Investitionskostenförderung stationäre Pflegeeinrichtungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Schulz erläutert die wesentlichen Punkte der mit der Einladung verschickten Mitteilung. Fragen von Frau Kammeier, Herrn Garbrecht und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage werden von Frau Schulz und Beigeordneten Herrn Kähler beantwortet. Informationen über die Anzahl der Selbstzahlerinnen und Selbstzahler sowie der Bezieherinnen und Bezieher von Pflegegeld in stationären Einrichtungen werden in einer der nächsten Sitzungen mitgeteilt.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt fest, dass in Bielefeld keine weiteren stationären Einrichtungen benötigt würden.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Gesetz zur Föderalismusreform auf dem Gebiet des Heimrechts Wohn- und Teilhabegesetz -WTG- Öffentliche Anhörung am Landtag NRW am 10. und 11.09.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Umzug der Pflegeberatungsstelle und Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf. Beigeordneter Herr Kähler erläutert die geplanten räumlichen Veränderungen. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage weist explizit darauf hin, dass bei Veränderungen der Räumlichkeiten darauf geachtet werden solle, dass die Beratungsstellen für die Bürger gut erreichbar bleiben. Es gibt keine Nachfragen.

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Brandvorfälle in bzw. an einem Haus an der Friedrich-Verleger-

Straße und an der Kronenstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die intensive Berichterstattung in der Presse und weist darauf hin, dass es in Bielefeld kein „Sozialhotel“ gebe. Diese Auffassung wird von Frau Schulz bestätigt und die vorliegende schriftliche Mitteilung zu den Brandvorfällen von ihr erläutert. Darüber hinaus teilt sie mit, dass, entgegen der Angaben im 3. Absatz der Mitteilung, 10 Bewohner von der teilweisen Sperrung des Gebäudes Friedrich-Verleger-Straße betroffen seien.

Nach Fragen von Herrn Garbrecht und Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage führt Frau Schulz aus, dass die ehem. Hotels, die zwischenzeitlich zur Wohnraumvermietung genutzt würden, bekannt seien. Ein Teil der Menschen, die in diesen Häusern wohnen, beziehen teilweise Transferleistungen. Eine Vermischung zum Projekt „besser (ist) wohnen“ finde nicht statt.

Zu Punkt 3.5

(neu) Sachstandsbericht zur Belastung des Trinkwassers mit Keimen, der Chlorung und des Abkochgebotes

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Dr. Delius teilt mit, dass das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt am 13.07.2008 von den Stadtwerken Bielefeld über eine Verunreinigung des Wasserversorgungsnetzes informiert worden sei. Die Verunreinigung sei in einem undichten Lüftungsrohr des Osningbehälters begründet. Derzeit werde das Leitungssystem gechlort und gleichzeitig die komplette Sanierung des Behälters vorbereitet. Bis zum 22.08.2008 werde gechlort und danach die Leitungen gespült. Im Anschluss an die Spülung würden an mehreren Stellen im Netz an drei aufeinanderfolgenden Tagen erneut Wasserproben entnommen. Über den Wiederbeginn des Abkochgebotes werde die Bevölkerung frühzeitig im Rahmen einer Pressemitteilung informiert.

Zu Punkt 3.6

(neu) Besichtigung der Unterkunft für einheimische wohnungslose Männer "Kreuzstr. 5"

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Schulz lädt die Mitglieder des SGA, gemeinsam mit den Mitgliedern der Bezirksvertretung Mitte, zu einer Besichtigung der Unterkunft am Montag, den 25.08.2008, um 19.00 Uhr, ein. Die Einladung werde jedem Mitglied noch per Post zugeschickt. Beigeordneter Herr Kähler lädt auch die Presse zu diesem Besichtigungstermin ein.

Auf Nachfrage von Herrn Garbrecht teilt Frau Schulz mit, dass mit einer entsprechenden Beschlussfassung am 09.09.2008 die Nutzung des

„Bunkers“ an der Ernst-Rein-Straße aufgegeben werde. Das Nutzungsrecht gehe dann wieder an den ISB zurück, der das Grundstück vermarkte. Der untere Gebäudeteil werde vorübergehend vom Amt für soziale Leistungen –Sozialamt- als Möbellager genutzt, bis der ISB eine Entscheidung zur weiteren Nutzung des Gebäudes getroffen habe.

-.-.-

Zu Punkt 3.7 **(neu) Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung in Ostwestfalen-Lippe**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die Schreiben des Vorsitzenden des Psychiatriebeirates vom 08.07.08 und Beigeordneten Herrn Kähler vom 04.08.08 zum Thema: „Kinder- und Jugendpsychiatrische Versorgung in Ostwestfalen-Lippe“ (**Anlage 1**).

-.-.-

Zu Punkt 3.8 **(neu) Gesamttreffen der Selbsthilfegruppen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Adams verweist auf eine als Tischvorlage verteilte Einladung der Selbsthilfe-Kontaktstelle Bielefeld zum nächsten Gesamttreffen der Selbsthilfegruppen am Dienstag, den 02.09.2008, von 19.00 bis 21.00 Uhr. (**Anlage 2**)

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Masterplan Wohnen hier: Qualitätskriterien für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2009/5432

Herr Hagedorn erläutert die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage. Aufgrund der Fragen von Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Kammeier, Herrn Buschmann, Herrn Garbrecht und Frau Niemeyer führt Herr Hagedorn aus, dass dem Wohnungsmarktbericht zukünftig auch Informationen über vollzogene energetische Sanierungen in Bielefeld entnommen werden könnten. Eine Aufstellung solcher Qualitätskriterien für den geförderten Mietwohnungsbau sei in den umliegenden Gemeinden nicht zu finden. Diese Kriterien gelten bewusst für private und genossenschaftliche Investoren, damit nachhaltig wertige Immobilien geschaffen würden.

Diese Kriterien würden bereits jetzt allen Investoren auferlegt. Mit der Aufstellung der Qualitätskriterien im Rahmen der Wohnungspolitischen Leitlinien für Bielefeld habe man diese Anforderungen nunmehr schriftlich festgehalten und werde sie jedem Interessenten im Rahmen einer Veröffentlichung auf der Internetseite der Stadt Bielefeld zugänglich gemacht.

Darüber hinaus regt Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage eine Berichterstattung über die Nutzung des Klimabonusses in einer der nächsten Sitzungen an.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss ist mit den anhand der Wohnungspolitischen Leitlinien für Bielefeld bis 2020 entwickelten Qualitätskriterien für den geförderten Mietwohnungsbau nach der Vorlage einverstanden.

einstimmig beschlossen

-.-.-

Zu Punkt 7 **Umsetzungen der Reformen am Arbeitsmarkt -Sozialgesetzbuch II (SGB II) und Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) - in Bielefeld - Quartalsberichte-**

Zu Punkt 7.1 **Sachstand zur Umsetzung des SGB II**
Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer:

Herr Hanke erläutert den als Tischvorlage verteilten Bericht über den Stand der Umsetzungen der Arbeitsmarktreform in Bielefeld (**Anlage 3**). Der Anstieg der Arbeitslosenzahlen im Juli sei ein saisonaler Anstieg, der auf Beendigungen von Berufsausbildungen bzw. vorübergehend arbeitssuchend gemeldete Schulabgänger zurückzuführen sei. Insgesamt seien die Rahmenbedingungen und der Arbeitsmarkt 2008 nicht besser geworden. Die Anhebung der Regelleistungen zum 01.07.2008 führe dazu, dass die angegebenen Zielwerte nicht erreicht werden könnten. Das Projekt „50+“, zur Integration Älterer Menschen habe erst mit zweimonatiger Verspätung beginnen können. Es zeige sich eine Integration von durchschnittlich 50 Personen monatlich. Bei den Arbeitslosenzahlen der Menschen über 50 habe man, entgegen den Prognosen, höhere Zugangszah-

len zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sei die Streichung des § 428 SGB III. Diese Personen seien bisher in der Statistik nicht aufgeführt. Diese Regelungsänderung sei erst nach Unterzeichnung der regionalen Zielvereinbarung eingeführt worden und beim Zielwert daher nicht berücksichtigt.

Auf Nachfragen von Frau Schrader führt Herr Hanke aus, dass die Personengruppe der über 50-jährigen im hohen Maße bei den Maßnahmen des § 16a SGB II berücksichtigt würden. Bei der Vermittlung in Integrationsmaßnahmen müssten die Inhalte auch für die Person förderlich sein. Die Anzahl der noch zur Verfügung stehenden Integrationsmaßnahmen sei hierbei nicht maßgebend. In Bedarfsgemeinschaften würden immer alle Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft im gleichen Maße aufgefordert sich Arbeit zu suchen. Dabei sei aber die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen zu berücksichtigen. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage weist daraufhin, dass speziell bei Maßnahmen für alleinerziehende Mütter auch die vorliegenden Kinderbetreuungszeiten berücksichtigt werden müssten, um einen Erfolg überhaupt zu ermöglichen.

Aufgrund der Nachfragen von Herrn Garbrecht, Frau Cascante-Maristany, Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Herrn Dr. Zillies und Frau Dr. Ober sollen in zukünftigen Quartalsberichten folgende Erweiterungen berücksichtigt werden:

1. Anzahl der Personen:
 - die bereits seit der Zeit der Arbeitslosen- und Sozialhilfe Leistungen beziehen, inkl. der Austritte und Rückkehrer ins SGB II.
 - die sozialpolitische Leistungen beziehen, um Anspruch auf Kindergeld gelten zu machen.
 - der U25-jährigen, bei denen eine Leistungskürzung vorgenommen worden ist.
2. Dokumentation über :
 - die Dauer der Arbeitsverhältnisse, in die die ehem. Leistungsempfänger vermittelt werden.
 - die Ursachen des saisonalen Anstiegs der Arbeitslosenzahlen im Sommer.
 - die Arbeitsstellen, in die Frauen vermittelt werden.
 - die Anzahl und Gründe der stattgegeben bzw. abgelehnten Widersprüche.

Unter dem Aspekt der in nächster Zeit anstehenden Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2009 fordert Beigeordneter Herr Kähler eine transparentere Berichterstattung zu folgenden Themen:

- Durchlässigkeit der Integrationsstufen, Wirkung der stufenweisen Heranführung an den Arbeitsmarkt und Anzahl der betroffenen Personen.
- Anzahl der Leistungsaufstocker.
- Anzahl der doppelt und mehrfach aufgeführten Personen bei den Angaben zur Aktivierung und Integration.
- Anzahl der Personen, die sich in der Aktivierungskette des SGB II befinden.
- Findet Integration in Maßnahmen oder in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse statt, die länger als 24 Monate dauern?
- Werden die örtlichen Ziele der kommunalen Zielvereinba-

rungen erreicht?

- Bei Nichterreichung aufzeigen, ob die Gründe in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder in der veränderten Förderpraxis der Bundesagentur für Arbeit liegen.
- Was hat die Geschäftsführung unternommen, um die Ziele zu erreichen bzw. die Nichterreichung der Ziele zu verhindern?
- Was regt die Geschäftsführung an, um die Ziele zu erreichen?
- Welche von der Stadt Bielefeld zu leistenden Pflichtleistungen sind in ihrer Höhe auskömmlich bzw. müssen erhöht werden?

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage begrüßt Herrn Müller als neuen stellvertretenden Leiter der Bundesagentur für Arbeit und bittet ihn um Ausführungen zur Entwicklung auf dem Ausbildungsmarkt. Herr Müller erläutert die Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Bezirk der Agentur für Arbeit in Bielefeld (**Anlage 4**). Er sehe gute Chancen, dass mit Ende des Bewerbungsjahres am 30.09.2008 noch einige Ausbildungsplätze mehr besetzt seien. Fragen von Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Schneider und Herrn Weber (CDU) werden von Herrn Müller beantwortet.

-.-.-

Zu Punkt 7.2

Quartiershelfer -Sachstandsbericht -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Ellermann berichtet über den Stand der Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 13.03.2008 (**Anlage 5**) und verweist auf die als Tischvorlage verteilten Presseberichte (**Anlage 6**). Derzeit würden bezirksbezogene Aufgabenprofile erstellt. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage verweist auf die bereits im SGA geführten Diskussionen. Es solle darauf hingearbeitet werden, dass bezirksübergreifende Aufgabenprofile erstellt würden. Nach der endgültigen Erstellung werde eine erneute Berichterstattung im SGA erwartet.

Frau Stücken-Virnau erläutert das Besetzungsverfahren und die bisher erzielten Ergebnisse (**Anlage 7**). Durch ein verschärftes Verfahren durch Arbeitplus ab 01.07.2008 bei der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber, habe erst ab Juli 2008 mit der tatsächlichen Besetzung begonnen werden können. Fragen von Frau Schneider, Frau Niemeyer, Frau Osthus und Frau Ober werden beantwortet.

Seitens der Arbeitplus wird im Nachgang zur Sitzung Folgendes ermittelt:

Die Erbringung von Leistungen zur Beschäftigungsförderung nach § 16a SGB II war kraft Gesetzes schon immer u. a. nur möglich, wenn der Hilfebedürftige nach dem 01.10.2007 auf der Grundlage einer Eingliederungsvereinbarung für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten betreut wurde und Eingliederungsleistungen erbracht worden sind (§ 16a Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB II). Diese Betreuungsphase, zu der sich entsprechende Dokumentationspflichten

ergeben, muss einer Förderung nach § 16a SGB II vorgeschaltet sein. Gemäß § 71 Abs. 2 SGB II ist es nur in besonders begründeten Einzelfällen zulässig, auf eine Betreuungsphase zurückzugreifen, die vor dem 01.10.2007 begonnen wurde oder durchlaufen worden ist. Mit Zeitablauf kommt diese Ausnahmeregelung naturgemäß immer seltener zur Anwendung. Die dargestellte rechtliche Lage wird durch eine Arbeitshilfe der BA aufgegriffen und konkretisiert.

Des Weiteren erläutert Frau Stücken-Virnau den bisherigen Verlauf der JobPerspektiven nach § 16a SGB II (**Anlage 8**) und die Konzeption der Perspektivmaßnahmen und –angebote (**Anlage 9**), deren Fortführung über den 30.06.2009 hinaus noch unklar sei, da der Vertrag zwischen Arbeitplus und REGE zu diesem Zeitpunkt auslaufe. Sie informiert darüber, dass die Zuweisungsentwicklung der Aktivierungsmaßnahmen (**Anlage 10**) sehr erfolgreich sei. Im Rahmen der Maßnahmen seien 30% der Teilnehmer vermittelbar. Aufgrund der Arbeitsanweisungen der BA sei auch hier noch unklar, ob sie über den 31.12.2008 fortbestehen könnten. Nachfragen wurden von Frau Stücken-Virnau beantwortet. Über die Anzahl der Personen mit Integrationshintergrund in Perspektivmaßnahmen würde in einer der nächsten Sitzung informiert.

-.-.-

Zu Punkt 7.3

Personalkostenerstattung der Stadt Bielefeld von Arbeitplus - Umstellung von pauschaler auf spitze Abrechnung/ s. Antrag der SPD-Fraktion vom 13.11.2007-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage erinnert noch einmal an den Antrag der SPD-Fraktion, der im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Haushaltsjahr 2008 eingebracht worden ist.

Beigeordneter Herr Kähler informiert darüber, dass eine Darstellung des Dezernates 1 erwartet werde. Sobald eine mit dem Dezernat 5 abgestimmte Informationsvorlage vorliege, werde sie dem Ausschuss vorgelegt

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 7.4

Neuorganisation des SGB II -Weiterentwicklung der Argen gem. Beschluss der Arbeits- und Sozialminister-Konferenz vom 14.07.2008 - Zusammenfassung des Deutschen Städtetages-

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Beigeordneter Herr Kähler verweist auf die mit der Tagesordnung versandten Anlagen. Die Mitteilung im Schreiben des Deutschen Städtetages vom 15.07.2008, wonach eine Ausweitung des Optionsmodells nicht vorgesehen sei, entspreche nicht der Auffassung einiger Fachleute. Es werden nunmehr Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes und des

Sozialgesetzbuches erfolgen. Am 08.09.2008 findet eine Sondersitzung des Deutschen Städtetages zu diesem Thema statt. Es bleibe abzuwarten, welche Vorschläge von Bund und Ländern gemacht würden, bevor eine Bewertung aus kommunaler Sicht erfolgen könne.

Herr Weber (CDU) bittet die Verwaltung, den Ausschuss auf dem Laufenden zu halten. Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage schlägt eine Thematisierung der veränderten Förderpraxis und des Beteiligungsgrades der Stadt an der Arbeitsgemeinschaft in einer Ratssitzung vor, um eine abgestimmte kommunale Meinung zu erzielen. Dieser Auffassung schließen sich die anwesenden Ausschussmitglieder an.

-.-.-

Zu Punkt 7.5

Umsetzung der Reformen am Arbeitsmarkt **SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), SGB III (Arbeitsförderung),**

SGB XII (Sozialhilfe)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5561/2004-2009

Der Inhalt der Informationsvorlage wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

-.-.-

Zu Punkt 8

Konzept Familienfreundliches Bielefeld Kommunale Handlungs- und **Maßnahmefelder**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2009/5396

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage ruft den Tagesordnungspunkt auf und weist darauf hin, dass diese Vorlage in 1. Lesung behandelt werde. Herr Hilker erläutert die vier Kernbereiche der Beschlussvorlage und bittet Änderungswünsche und –vorschläge sowie Ergänzungen zur Vorlage bis zum 28.08.2008 schriftlich einzureichen, so dass sie zur 2. Lesung in die Vorlage eingearbeitet werden könnten.

Herr Weber (CDU) äußert sich kritisch darüber, dass in dem vorgelegten Konzept der Zeit-Kosten-Rahmen fehle. Er vermisse auch die Darstellung von Parallelen zu den Konzepten „Seniorenfreundliches Bielefeld“ und „Behindertengerechtes Bielefeld“. Herr Dr. Zillies sieht die Konsequenzen aus dem „Bericht zu Lebenslagen und Sozialleistungen 2006“ nicht adäquat im Konzept wiedergegeben.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage fordert eine konkretere Darstellung des „Pluralen Angebotes mit besonderer pädagogischer Ausrichtung“ (s. Punkt II.1.4 der Vorlage) und eine Überprüfung der Kompatibilität mit der Praxis von Arbeitplus in Bielefeld zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ (s. Punkt I.1 der Vorlage).

Frau Schrader schlägt vor, über die Mitgliedschaften in den Gesellschafterversammlungen andere Unternehmen zu sensibilisieren. Herr

Garbrecht stimmt den Ausführungen von Herrn Weber zu und schlägt vor, die Vorlagen zu den drei Themenbereichen gleichzeitig zu beraten. Weiterhin schlägt er vor, zur 2. Lesung eine in den Fraktionen abgestimmte Stellungnahme einzureichen.

Beigeordneter Herr Kähler verdeutlicht, dass die Schnittmengen der drei Zielgruppen bereits berücksichtigt würden. Um den besonderen Bedürfnissen von Familien, Senioren und behinderten Menschen zielgerichtet Rechnung tragen zu können, habe man jeder Personengruppe ein eigenes Konzept gewidmet. Diese Konzepte sollen als Bündelung der vorhandenen Maßnahmen in Bielefeld verstanden werden und Handlungsbedarfe aufzeigen. Über Zeit-Kosten-Rahmen würde im Rahmen der Erörterung von Einzelmaßnahmen entschieden werden.

-.-.-

Zu Punkt 9

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Es ist über keinen Sachstand zu berichten

-.-.-

Herstellung der Nichtöffentlichkeit

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Bielefeld, 12.08.2008

Elisabeth Rathsmann-Kronshage
Vorsitzende

Anja Krumme
Schriftführerin